

Tag der Wirtschaft 2026

11. September 2026

Es gilt das gesprochene Wort

Verantwortung für unser Land übernehmen

Christoph Mäder, Präsident economiesuisse

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin

Sehr geehrter Herr Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank

Sehr geehrte Mitglieder der Kantonsregierungen

Sehr geehrter Herr Brigadier

Exzellenzen

Liebe Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitglieder

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zum heutigen Tag der Wirtschaft. Ich freue mich sehr, dass wir heute in Luzern sein dürfen. Luzern ist nicht nur ein wunderschöner Ort mit einer traumhaften Bergkulisse. Der Kanton Luzern ist auch ein eindrückliches Beispiel, wie man mit einer konsequenten Standortpolitik innert wenigen Jahren zu einem ausgesprochen attraktiven und steuerkräftigen Kanton aufsteigen kann. Liebe Luzernerinnen und Luzerner, ich kann Ihnen dazu nur herzlich gratulieren. Ich wünsche mir, dass sich der Bundesrat und das eidgenössische Parlament häufiger vom Beispiel des Kantons Luzern inspirieren lassen, wenn es um Fragen der Standortattraktivität geht.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, der heutige Tag der Wirtschaft ist bekanntlich mein letzter als Präsident von economiesuisse. Es ist darum eine passende Gelegenheit, mit Ihnen ein paar Gedanken zum Zustand unseres Landes zu teilen.

Wie geht es der Schweiz? Auf den ersten Blick geht es unserem Land hervorragend. Ich bin immer wieder beeindruckt, wenn ich beobachte, was sich in der Schweiz alles tut. Beeindruckt bin ich zum Beispiel von der unglaublichen wirtschaftlichen Vitalität. Unsere ETHs und Hochschulen sind Gold wert – wir können unseren Vorfahren, die im 19. Jahrhundert mit grosser Weitsicht diese Bildungsinstitutionen aufgebaut haben, gar nicht genug dankbar sein. Es ist beeindruckend zu sehen, wie im Umfeld der Hochschulen geforscht wird, wie sich Unternehmen ansiedeln, aber auch, wie viele neue Unternehmen entstehen. Allein die beiden ETHs bringen jedes Jahr mehr als 60 technologiegetriebene Start-ups hervor. Über die letzten zehn Jahre sind so weit über 500 neue Hightechfirmen entstanden. Diese Innovationskraft ist grossartig.

Stolz bin ich auch auf die enorme Ausbildungsleistung der Schweizer Wirtschaft. Jahr für Jahr bilden unsere Unternehmen Zehntausende Lernende aus. Sie ermöglichen es diesen jungen Menschen, in der Arbeitswelt Fuss zu fassen. Ich will es wieder einmal deutlich sagen: Unser duales Bildungssystem mit

Berufslehre ist einfach Spitzenklasse. Und es lebt von den Unternehmen, die in die jungen Menschen investieren. Ihnen, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmen hier im Raum, gebührt für dieses Engagement ein grosses Dankeschön.

Beeindruckt bin ich grundsätzlich auch von unseren politischen Institutionen, vor allem wenn ich einen diesbezüglichen Vergleich mit dem Ausland anstelle. Wir haben stabile politische Verhältnisse, das Zusammenspiel von Bund und Kantonen funktioniert im Grossen und Ganzen gut und wir leben in einem Rechtsstaat. Wir haben eine hochgradig solide und glaubwürdige Nationalbank. Wir sind ein Hort der Stabilität. Viele setzen das in der Schweiz als selbstverständlich voraus – das ist es aber nicht. Ein Blick in die Welt hinaus zeigt das überdeutlich.

Begeistert bin ich vom Zusammenhalt der Menschen in unserem Land. Wir debattieren hart, Abstimmungskämpfe werden oft auch emotional geführt. Das darf und soll auch so sein. Der entscheidende Punkt ist dabei: Wir stehen alle auf dem Fundament der direkten Demokratie – von rechts bis links. Wir sprechen noch miteinander, auch wenn man nicht derselben Meinung ist. Wir respektieren nach Volksabstimmungen das Resultat – als Gewinner und als Verlierer. Auch dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, betrachten wir als selbstverständlich. Das ist es aber nicht! Wir müssen dieser demokratischen Kultur unbedingt Sorge tragen. Nach dem Abstimmungssonntag vom 14. Juni wurde ich von verschiedenen ausländischen Kollegen angesprochen, wie es nur möglich sei, dass eine Abstimmung über ein derart hitziges Thema wie die Zuwanderung so ordentlich über die Bühne gehen kann. Hätte in anderen Ländern eine solche Abstimmung stattgefunden, wäre sie wohl nicht nur vom Resultat her anders herausgekommen, sondern es wäre auch kaum so ruhig geblieben wie in der Schweiz. Meine Damen und Herren, wir haben eine ausgesprochen kultivierte Streitkultur in der Schweiz. Darauf dürfen wir stolz sein.

Beeindruckt bin ich auch von der unglaublichen Wirtschaftskraft der Schweiz. Es ist schon erstaunlich: Der Wirtschaftsmotor trotzte bislang allen Unwägbarkeiten, der schweizerische Wirtschaftsmotor brummt. Oder vielleicht ist dieser Motor ja inzwischen auch elektrifiziert – unser Wirtschaftsmotor, er summt also. Nun, mit der enormen Wirtschaftsleistung verbunden ist, dass die Unternehmen einen immer grösseren Anteil der staatlichen Leistungen bezahlen. Wir haben die Finanzministerin vor der Sommerpause gehört: Aufgrund der aktuellen Entwicklungen rechnet der Bund mit deutlich höheren Einnahmen bei den Gewinnsteuern. Und wir haben die Finanzministerin vor wenigen Wochen erneut gehört mit der Bestätigung, dass dieser Geldsegen real ist. Das mag die Finanzministerin freuen. Aber es ist auch ein Klumpenrisiko, dem wir uns bewusst sein müssen: Der Bundesrat spricht von einem halben Prozent aller Unternehmen, das drei Viertel der Gewinnsteuereinnahmen entrichtet. Und die stetig und üppig fliessenden Steuereinnahmen aus der Wirtschaft sind immer auch eine Einladung an Teile der Politik, den haushälterischen Umgang mit den öffentlichen Ausgaben zu diskreditieren.

All diese Faktoren zeigen eines: Unser Land bringt eigentlich die allerbesten Voraussetzungen mit, um sich in einer Welt der globalen Unsicherheit erfolgreich behaupten zu können. Unserem Land geht es hervorragend. Doch eben nur auf den ersten Blick. Und dieser erste Eindruck verleitet uns allzu oft zur Selbstzufriedenheit, ja teilweise zu Hochmut. Denn wenn wir den Blick auf die Schweiz schärfen und über den Tellerrand hinausschauen, stellen wir fest, dass unser Land einem massiven Sturm ausgesetzt ist. Stellen Sie sich vor, Sie sitzen an einem gemütlichen Spätsommerabend draussen und geniessen die Stimmung und den angenehmen Wind. Doch dann ziehen dunkle Gewitterwolken auf. Es donnert. Es ist unübersehbar. Es ist unüberhörbar. Erste Tropfen signalisieren: Ein Sturm zieht auf. Sie wissen es. Doch Sie bleiben einfach sitzen. Und sitzen. Schutzlos, im Freien. Im naiven Gedanken, der Sturm ziehe im letzten Moment dann schon noch an Ihnen vorbei. «Äs chunnt scho guet!», pflegen wir Schweizer dann zu sagen. Ja, der liebe Gott möge es richten.

Meine Damen und Herren, genauso verhält sich die Schweiz leider im aktuellen Umfeld. Und das macht mir ernsthaft Sorgen. Wir wissen, dass die Weltwirtschaft in einer gefährlichen Schieflage ist. Wir wissen, dass die Börsen jederzeit abstürzen könnten. Wir wissen, dass wir einer globalen Situation ausgesetzt sind, in der nicht das Recht, sondern die Macht des Stärkeren gilt. Wir wissen um die prekäre

Sicherheitslage Europas. Die USA ziehen sich mehr und mehr zurück, während in der Ukraine der Krieg weiterhin tobt; die Russen greifen seit über drei Jahren Europa an.

Und was tun wir? Wenn wir ehrlich zu uns sind: Wir zucken mit den Schultern. Unsere Schwäche ist es, dass wir selbstzufrieden, selbstbezogen und obendrauf auch schutzlos sind. Und dass wir das einfach so hinnehmen. Vernünftig ist das nicht.

Wir vernachlässigen gleichzeitig und zusätzlich auch noch unser Erfolgsmodell Schweiz. Wir zehren von der Vergangenheit, von Infrastrukturen und Institutionen, die unsere Vorgänger geschaffen haben. Wir unterlassen es, wichtige Werke wie die Altersvorsorge strukturell zu sanieren. Meine Damen und Herren, es ist schlicht ein Armutszeugnis, dass der Bundesrat «keine Lust» hat, echte strukturelle Reformen anzupacken, dass er erst in den 2040er-Jahren über eine Erhöhung des Rentenalters sprechen will. Damit laufen wir in vollem Bewusstsein in das «demografische Messer» hinein. Wenn wir in unserem Land nicht mehr die Kraft aufbringen, ein fundamentales Sozialwerk wie die AHV strukturell zu reformieren und an die veränderten Realitäten anzupassen, dann darf man getrost von einem eigentlichen Versagen des politischen Systems sprechen.

Wir unterlassen es aber auch, wichtige Infrastrukturen wie die Energieversorgung auszubauen, obwohl uns allen klar ist, dass wir viel mehr Strom benötigen. Wir wissen, dass wir ausbauen müssen. Aber wir schieben es auf die lange Bank. Das ist brandgefährlich und verantwortungslos.

Es ist aber nicht nur so, dass wir dringend notwendige Reformen unterlassen. Es kommt dazu, dass wir peu à peu unsere Standortvorteile schwächen, ja zum Teil eigentlich sabotieren. Unsäglich sind in diesem Zusammenhang die ständigen und unreflektierten Angriffe auf die freie Marktwirtschaftsordnung. Monat für Monat werden zusätzliche Regulierungsvorhaben vorgestellt. In den allermeisten Fällen geht es um neue administrative Auflagen, um Pflichten und Verbote für die Wirtschaft. Und all das geschieht notabene ohne Not und ohne Diktat von aussen! Das jüngste Beispiel ist der ausgesprochen schädliche Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative. Es ist eigentlich ein Umsetzungsgesetz zu einer Initiative, über die wir noch gar nicht abgestimmt haben. Diese neue Konzernverantwortungsinitiative, aber auch der bundesrätliche Gegenvorschlag, sind für mich exemplarisch, wenn wir von unbedachten und unnötigen Angriffen auf das Erfolgsmodell Schweiz sprechen. Es ist erstens eine Zwängerei – denn wir haben bereits über die Kernfragen abgestimmt. Zweitens zeigt sie ein fundamentales Problem auf: In der heutigen Aufmerksamkeitsökonomie werden nicht jene Kräfte belohnt, die Lösungen und Kompromisse suchen, sondern jene Akteure, die viel Lärm machen. Lärm wird belohnt – und jene, die das Land voranbringen wollen, werden bestraft. Das untergräbt auf die Länge das Vertrauen in die Politik und in unsere Demokratie.

Echte Herausforderungen hingegen, ich habe es erwähnt, werden nicht angepackt, oder nur zu zögerlich. Ich will die Wirtschaft von dieser Verpflichtung auch gar nicht vollständig ausnehmen. Gefordert sind auch die Führungsleute der Wirtschaft, die Unternehmerinnen und Unternehmer. Ein Beispiel: Wir brüsten uns gerne als «Innovationsweltmeister». Dass wir in den internationalen Rankings ganz oben erscheinen, ist wichtig und hervorragend. Aber es ist eben nur die halbe Miete. Die Position als Innovationsweltmeister sichert allein noch keinen Wohlstand. Denn Innovationen müssen auch effizient auf den Markt gebracht werden. Und hier hapert es noch viel zu oft. Wir haben in der Schweiz kein Start-up-Problem, aber ein «Scale-up»-Problem. Es muss der Schweiz noch mehr gelingen, gute Ideen auch zu skalieren. Es braucht noch mehr Unternehmer, die bereit sind zu investieren. Es braucht noch mehr Unternehmertum – und einen möglichst liberalen Kapitalmarkt ohne unnötige Hürden.

Ich komme zur zentralen Frage: Warum ist unser Erfolgsmodell Schweiz blockiert? Was sind die Ursachen für den Reformstau? Ich möchte drei Thesen in den Raum stellen.

Erstens: Wir sind seit Jahren ziemlich «kopf- und visionslos» unterwegs. Wir haben in unserem Land eine Regierung, die ihre Führungsverantwortung als Kollektiv zu wenig wahrnimmt. Das klingt hart, aber es ist Zeit für deutliche Worte: Wir erleben viel zu oft sieben Departementsvorsteher im Bundesrat, die hauptsächlich mit ihrer Departementsarbeit beschäftigt sind, die ihre eigenen Süppchen kochen. Aber sie

regieren zu wenig als Kollegium. Sie haben zu wenig Zeit, oder vielleicht auch einfach zu wenig Lust, als Kollegium über die zukunftsrelevanten Weichenstellungen für unser Land nachzudenken. «Wie der Bundesrat die Schweiz regiert – und warum es trotzdem funktioniert», lautet der Titel eines sehr lesenswerten Buches von alt Bundeskanzler Walter Thurnherr. Aber eben: «Es funktioniert» oder «es funktioniert gerade noch» ist man geneigt zu sagen, aber seien wir ehrlich: «Funktionieren» allein reicht für die Bewältigung unserer drängendsten Probleme nicht! Es braucht Visionen, Strategien, vorausschauende Planung und konsequente Umsetzung, auch gegen reale und vermeintliche politische Widerstände. Es braucht Leadership! Oder wie es mein verehrter akademischer Lehrer, der Staatsrechtler Kurt Eichenberger einmal prägnant formuliert hat, als er von der versammelten Aargauer Regierung anlässlich eines Nachtesens um eine juristische Einschätzung gebeten wurde: «Ich kann Euch schon ein Gutachten dazu erstellen, aber ich weiss jetzt schon, was darin steht: Ihr müsst regieren!» Diese Empfehlung stärker zu beherzigen, täte auch unserer Landesregierung gut. Die Regierung darf nicht bloss Befehlsempfängerin und Verwalterin parlamentarischer Vorstellungen und Ideen sein, sie muss die Probleme frühzeitig und weitsichtig angehen und ihre Staatsleitungsverantwortung aktiv an die Hand nehmen. Dossiers nur deshalb nicht zu bearbeiten, weil sie unpopulär oder politisch anspruchsvoll sind, ist unakzeptabel!

Zweitens: Wir schauen «sorglos» weg. Wir haben Krieg in Europa. Aber wir alle schauen weg. Wir nehmen die prekäre Sicherheitslage viel zu wenig ernst. Ich glaube, dass wir Schweizer einen groben Denkfehler machen: Nur weil wir in der Vergangenheit durch glückliche Umstände von Kriegen verschont geblieben sind, haben wir das Gefühl, das sei auch in der Zukunft so. Ein solches Denken ist fatal. Aber es ist in unseren Köpfen, und das hindert uns daran, in der Sicherheitspolitik endlich richtig vorwärtzumauchen.

Drittens macht sich ein gefährlicher Isolationismus breit. Wir meinen, die Schweiz sei eine Insel, sie sei «selbstgenügend» und könne sich um die wirtschaftlichen Realitäten foutieren. Dass der Nationalrat in der Sommersession das Freihandelsabkommen mit Mercosur ohne Wimpernzucken versenkt hat, ist ein Beispiel dafür. Die Exportindustrie, gewissermassen das Pferd, das den Karren zieht, wird mit Füßen getreten. Dass die aktivistischen Linken jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um der Wirtschaft zu schaden, überrascht niemanden. Aber dass nun auch bürgerliche Kreise teilweise nicht mehr zu wissen scheinen, woher das Geld kommt, das diesen Staat und seine Sozialwerke finanziert, ist ein bedenkliches Zeichen! Immerhin dürfen wir hoffen, dass im Ständerat wiederum Vernunft einkehrt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es gesagt: wir sind zu kopflos, zu sorglos, wegschauend, zu kurzfristig und zu isolationistisch. Unsere Position im internationalen Vergleich ist zwar absolut nach wie vor hervorragend, aber relativ zu den Entwicklungen in den übrigen OECD-Ländern verlieren wir zunehmend, und das seit einigen Jahren. Der Trend ist falsch und wir müssen diesen umkehren, wenn wir den Wohlstand dieses Landes erhalten wollen! Die Frage ist nur: Gelingt uns dies? Können wir uns aus dieser Komfortzone aus eigener Kraft herausbewegen und die Weiterführung des Erfolgsmodells langfristig sicherstellen?

Ich bin und bleibe zuversichtlich. Denn unser Land bringt die besten Voraussetzungen mit, den Erfolg weiterzuschreiben. Positiv stimmt mich, dass wir starke Institutionen haben, positiv stimmt mich aber vor allem, dass sich viele Entscheidungsträger in der Politik «eigentlich» bewusst sind, dass sich etwas ändern muss.

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Ich möchte drei Wünsche an Sie richten, im Besonderen an die Politik.

Mein erster Wunsch lautet: Geschätzte Mitglieder des Bundesrats, haben Sie den Mut, zu regieren! Im Pflichtenheft des Bundesrats steht nirgends, dass man nicht regieren darf. Es ist nicht verboten zu führen! Also: Packen sie es an. Denn das Land braucht und verdient echte Reformen. Tun Sie es, auch wenn die eine oder andere Reform im Moment noch nicht mehrheitsfähig ist. Tun Sie es aus Verantwortung für unser Land und für seine Menschen. Zeigen Sie, dass die Schweiz auch im 21. Jahrhundert reformfähig ist.

Denken Sie dabei an die visionären Macher im 19. Jahrhundert, die die Grundsteine für den Aufbau der ETHs oder für den Bau des Gotthardtunnels gelegt hatten.

Zweitens wünsche ich mir mehr Anerkennung für den konstruktiven Kompromiss. Dabei richte ich mein Auge vor allem auch auf die Medien: Mehr Anerkennung für den konstruktiven Kompromiss bedeutet, den lösungsorientierten Kräften mehr Raum zu geben, also der sachlichen Debatte statt dem Lärm. In der Pflicht ist aber vor allem die Politik: Reformen kommen in unserem Land nur zustande, wenn die politischen Kräfte kompromissbereit sind. Das setzt die Fähigkeit und den Willen voraus, aufeinander zuzugehen, einander zuzuhören und eben nicht in Partikularinteressen zu verharren, sondern das grosse Ganze zu sehen. Ich weiss, das ist unglaublich anstrengend – und nur allzu oft ist es verlockend, eine Schlagzeile zu produzieren, auszuscheren und sich für den Wahlkampf gut zu positionieren. Zumindest ist es verlockender, als hinter den Kulissen für das Land gute Lösungen zu schmieden. Dennoch hoffe ich, es bleibt nicht einfach ein hehrer Wunsch. Denn wenn wir nicht zur Konsensdemokratie zurückfinden, gerät unser Politsystem immer mehr ins Wanken. Unsere Demokratie braucht Konsensfinder. Denn wie Helmut Schmidt zu pflegen sagte: «Demokratie lebt vom Kompromiss. Wer keine Kompromisse machen kann, ist für die Demokratie nicht zu gebrauchen.»

Drittens wünsche ich mir, dass die Politikerinnen und Politiker und auch die Unternehmerinnen und Unternehmer wieder ein Selbstverständnis an den Tag legen, zu den wirklich Besten gehören zu wollen. Dass wir ein Land sein wollen, das zu den wohlhabendsten weltweit zählt, die besten Bildungschancen bietet, die nachhaltigsten Vorsorgesysteme hat, die stabilste und preisgünstigste Energieversorgung sicherstellt und das am meisten Freihandelsabkommen hat. Ich könnte die Aufzählung weiter fortsetzen. Sie wissen, was ich meine. Unser Bundespräsident trug an der Fussball-WM bekanntlich eine rotes «Käppi» mit der Aufschrift «Switzerland – Great since 1291». Ja, wir sind grossartig, aber wir müssen wieder die Fähigkeit erlangen, auch zu den Besten zählen zu wollen. Und nicht aus Selbstzweck. Sondern aus Verantwortung für das Land und seine Menschen. Damit wir Lebensqualität und Wohlstand halten können – heute und in der Zukunft.

Mit dem Begriff der «Verantwortung» schliesse ich ab. Diese Verantwortung für das Land, die ich meine, diese habe ich in den Jahren als Präsident bei economiesuisse immer sehr stark gespürt. economiesuisse kämpft für eine starke Wirtschaft, weil unserem Dachverband eine starke Schweiz am Herzen liegt. Hinter economiesuisse stehen zahlreiche Menschen, die diese Verantwortung Tag für Tag leben. Ich danke der Geschäftsstelle mit unserer Direktorin Monika Rühl für diesen täglichen, grossen Einsatz für den Standort Schweiz. Allen Mitarbeitenden der Geschäftsstelle gebührt ein grosser Dank. Danke sagen möchte ich meinem Vorstand und dem Präsidium für die stets sehr tatkräftige Unterstützung in den letzten Jahren. Und ich danke unseren Mitgliedern, den 100 Branchenverbänden, 20 kantonalen Handelskammern und den verschiedenen Einzelunternehmen. Ihr seid die Basis unseres Erfolgs. Es war mir eine grosse Ehre, an der Spitze von economiesuisse mitwirken zu dürfen.

Jetzt ist es Zeit, Verantwortung abzugeben – oder besser gesagt: Verantwortung zu übergeben. Nämlich an meinen Nachfolger Silvan Wildhaber. Lieber Silvan, es freut mich ausserordentlich, dass mit Dir ein junger, dynamischer Unternehmer die Geschicke von economiesuisse verantworten und prägen wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bekanntlich sind es ja oft die letzten Worte, die in Erinnerung bleiben. Deshalb halte ich als «Bonmot», oder vielleicht mehr als Appell zum Schluss fest:

«Politik bedeutet nicht, Probleme zu beschreiben, sondern sie zu lösen.»

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.